

NACHRICHTEN

Ausgabe 120, Jänner 2021

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 18A041806 E, Auflage: 8720

Liebe Zeltweggerinnen und Zeltwegger!

Die Corona Pandemie hat unser Leben in einem Ausmaß verändert, wie wir es uns noch vor einem Jahr niemals hätten vorstellen können.

Ausgangssperren, die Schließung von Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen, Gaststätten und Geschäften. Krankenhäuser am Limit ihrer Aufnahmekapazitäten, Spitals- und Pflegepersonal am Rande ihrer Belastbarkeit und leider sind auch zahlreiche Todesopfer der Corona Pandemie zu beklagen.

Viele Menschen sind arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen und müssen daher ihr Leben mit viel weniger Einkommen meistern. Viele Gewerbetreibende haben durch den Lock-Down existenzbedrohende Einbußen erlitten. Kulturschaffende stehen vor dem Nichts. Die Regierung hat viel versprochen, aber allzu oft kommen die Hilfen zu spät oder gar nicht zu den am meisten Betroffenen.

Wie bei jeder Krise treten nun die Folgen von Fehlentwicklungen und Mängel in einer Gesellschaft offen zu Tage. Nun rächen sich die Kürzungen im Gesundheitsbereich, wie Spitalsschließungen, Bettenreduzierungen und Personalabbau. Nun zeigt sich am Beispiel der Produktionsverlagerung von Medikamenten und Schutzkleidung ins Ausland der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus.

Nun wird klar, wie völlig unzureichend die Nettoersatzrate von 55 % beim Arbeitslosengeld ist. Nun zeigt sich, dass vor allem Frauen die Hauptlast der Krise tragen, im Pflegebereich und bei der Kinderbetreuung. Nun wird deutlich, dass Kinder ärmerer Eltern im Bildungssystem benachteiligt sind. Es zeigt sich aber auch, dass es viele Gewinner gibt die gut an der Krise verdienen und dass die Reichen auch in Krisenzeiten reicher geworden sind.

Viele Menschen sehen besorgt in die Zukunft - und das zu Recht. Gigantische Geldbeträge wurden aufgenommen und es stellt sich die Frage wer die vielen Milliarden zurückzahlen wird. Es droht eine sozialer Kahlschlag. Nach der Krise werden viele Menschen froh sein wieder Arbeit zu haben, das wird die Position der Unternehmer noch mehr stärken. Viele kleine Gewerbetreibende werden auf der Strecke bleiben, Konzerne und Großunternehmen werden noch mächtiger. Welche Auswirkungen werden die verordneten Zwangsmaßnahmen auf unsere künftige Demokratie haben? Das ist nur ein Ausschnitt an Problemen, die sich in den nächsten Jahren stellen werden. Doch wie sich die Zukunft gestalten wird liegt auch in unserer Hand.

„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.“

Albert Einstein



Jede Krise ist auch eine Chance. Damit wir eine gute Zukunft haben ist es dringend notwendig sich für eine Umverteilung des Reichtums und für Abrüstung einzusetzen.

Die KPÖ wird - wie auch in der Vergangenheit - immer auf der Seite der arbeitenden Menschen stehen.



*Wir wünschen allen
Zeltweggerinnen
und Zeltweggern alles Gute
für 2021, Gesundheit,
soziale Sicherheit und Frieden!*

**Ihre KPÖ-Gemeinderat und die KPÖ-Zeltweg
Peter Lorberau**



KPÖ

Budget im Zeichen der Corona-Krise

Das Budget für 2021 wurde unter noch nie dagewesen Rahmenbedingungen erstellt. Die Kosten der Corona-Pandemie sind enorm.

Die Einnahmen der Gemeinde schrumpfen. Bei den Ertragsanteilen sollen heuer vom Bund um rund 1,3 Millionen Euro weniger kommen als noch im Jahr 2019. Es gibt nur einen ungenügenden Ersatz für den Einbruch bei den Ertragsanteilen. Die Hilfsgelder werden zu einem großen Teil nur in Form zinsenloser Kredite ausbezahlt. Zusätzlich wurden die Gemeinden auch noch mit neuen Aufgaben, wie der Unterstützung der Corona-Massentestungen belastet.

Minus von rund 1,5 Mio. Euro

Die Corona-Krise beschert unserer Gemeinde im Ergebnishaushalt ein Minus von rund 1,5 Millionen Euro. Und nicht nur heuer, denn laut mittelfristigem Haushaltsplan wird auch in den kommenden Jahren mit einem Abgang gerechnet.

Die Gemeinden bekommen von Bund und Land Zuschüsse für Investitionen, deshalb sind im Budget einige Projekte, vor allem die Kinderkrippe und Straßensanierungen, geplant. Das ist gut, aber zu wenig an Unterstützung. Denn die Gemeinden müssen einen Teil der Investitionen selbst finanzieren und das ist besonders für finanzschwache Gemeinden ein großes Problem. Die Darlehensschulden der Gemeinden konnten zwar verringert werden, in den nächsten Jahren könnte das aber deutlich anders sein.

Die Gemeinden brauchen auch Geldmittel um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Gibt es hier zu wenig Unterstützung drohen Leistungskürzungen, Gebührenerhöhungen und Personalabbau. Nun werden Milliardenschulden angehäuft und viel zu wenig von dem Geld fließt in die Gemeinden.

Es kommen schwierige Zeiten auf die Gemeinden zu. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat als politischen Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden und weil eine Planung für die nächsten Jahre derzeit überhaupt nicht möglich ist gegen den mittelfristigen Finanzplan gestimmt. Dem Voranschlag konnten wir, weil er keine Verschlechterungen für die Bevölkerung bringt und die Gemeinde nicht für die Krise verantwortlich ist unsere Zustimmung geben, er wurde gegen die Stimmen der Grünen beschlossen.

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger! Wer bezahlt für die Krise?

Die Corona-Krise zeigt uns sehr deutlich den Wahnsinn des kapitalistischen Systems, während Hunderttausende in Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind und tausende Kleinbetriebe um ihre Existenz fürchten müssen werden die Vermögen der Reichsten noch größer. Die Krise macht deutlich dem Staat fehlt es ein Geld, Einfluss um notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und gegen die Folgen der Krise anzukämpfen.



Das ist aber kein Naturgesetz, es ist politisch gewollt, dass die Gemeinden finanziell ausgehungert werden, das Gesundheitssystem zusammengespart wird und Kleinbetriebe aufgeben müssen. Davon profitieren große Konzerne. Die diese Leistungen, natürlich für sie gewinnbringend übernehmen.

In den nächsten Jahren drohen Verschlechterungen für die große Masse der Bevölkerung. Hier gilt es gegenzusteuern. Um dem Staat und den Gemeinden diese Möglichkeit zu geben, werden ausreichend Mittel benötigt. Diese bekommen wir aber nur wenn wir umverteilen und zwar von Oben nach Unten. Es braucht dringend eine gerechte Verteilungspolitik dass heißt mehr Besteuerung von großen Vermögen und von Konzernen, höhere Löhne für die arbeitenden Menschen, bessere Versorgung im Gesundheits- und Sozialsystem. Der Staat und die Gemeinden brauchen auch wirtschaftlich Einfluss, also Auf- und Ausbau von öffentlichen Betrieben. Die KPÖ wird sich dafür einsetzen, wir brauchen dazu auch Ihre Unterstützung...

ihr KPÖ-Gemeinderat

Peter Lorberau

E-Mail: p.lor49@hotmail.com



Wo bleibt der Ruf nach Vermögenssteuern?

In einer Resolution der Gemeinde an den Bund wurde eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden gefordert. Zusätzlich sollen die Gemeinden Zugang zu den Hilfsprogrammen des Bundes und zu zur Bundesfinanzierungsagentur erhalten.



Das sind vollkommen richtige Forderungen. Was aber viel zu oft vergessen wird sind Forderungen woher das Geld kommen soll.

So haben die SPÖ-Bürgermeister von Fohnsdorf, Judenburg, Zeltweg, Spielberg und Knittelfeld in einer Pressekonferenz auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden hingewiesen und völlig zu Recht mehr Geld vom Bund verlangt.

Leider hat kein einziger dieser SPÖ-Bürgermeister die Forderung nach einer Reichen- oder einer Erbschaftssteuer für große Vermögen erhoben. Aber wann, wenn nicht jetzt muss man eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften oder Konzerngewinnen verlangen?

Damit die Corona-Pandemie nicht dazu benutzt wird die Lage der arbeitenden Menschen und auch der Gemeinden zu verschlechtern, muss die Forderung nach einer Finanzierung der Krise durch Reichtum und Konzerngewinnen auf allen Ebenen lautstark erhoben werden.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn es gibt genug Geld, es ist nur in den falschen Händen. Die Menschen haben ein Recht auf soziale Sicherheit, leistbare Gebühren und ein lebenswertes Umfeld. Kommt es nicht zu einer gerechten Umverteilung ist das alles in Gefahr.

Grüne für Einsparungen

Die Resolution wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ beschlossen. Die Grünen GemeinderätInnen stimmten dagegen, das ist uns unverständlich. Grün-Gemeinderat Anton Hartleb begründete das damit, dass die Gemeinde nicht den Staat um Geld anbetteln solle sondern selbst einsparen soll. Einsparungen in dieser Höhe müssten aber zu deutlichen Verschlechterungen der Leistungen für die Bevölkerung führen.

Auch die Politik der Grünen folgt der Logik bei der Mehrheit zu sparen und damit die Menschen für die Krise bezahlen zu lassen. Die KPÖ steht gegen jede Mehrbelastung der Bevölkerung und dafür das die Leistungen der Gemeinde ausgebaut werden.

DIE REICHEN WERDEN REICHER.
Jeff Bezos und Elon Musk sind 2020 um 217 Milliarden Dollar reicher geworden

DIE ARMEN WERDEN ZAHLREICHER.
Pandemie • Coronavirus • Armut
130 Millionen Menschen in Armut durch Corona-Krise
• Die Corona-Pandemie verschlimmert die Armut weltweit.

KPÖ

Sparkurs fortgesetzt:

Land will 900

Spitalsbetten streichen

Trotz der immer schwerwiegenden Krise der steirischen Spitäler hält die zuständige Landesrätin Dr.inJuliane Bogner-Strauß (ÖVP) unbeirrt an der Streichung von 900 Spitalsbetten fest.

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr stellte Landesrätin Bogner-Strauß in Abrede, dass es zu wenig Personal oder zu wenig Betten gibt – diese seien „überflüssige Infrastruktur“.

Die aktuelle Situation macht aber deutlich, dass diese Aussagen mitten in einer Pandemie nicht haltbar sind. Denn der zweite Lockdown wurde damit begründet, dass die Kapazitäten unserer Spitäler beinahe erschöpft sind. Hätten wir rechtzeitig für ausreichend Personal und Kapazitäten vorgesorgt, wäre uns viel erspart geblieben.

Wir lesen von Nachtdiensten, in denen ganze Stationen von einer einzigen Pflegekraft versorgt werden. Das ist unzumutbar. Der Direktor des Uniklinikums in Graz, Wolfgang Köle, bestätigt in einem Zeitungsinterview: „Unser Gesundheitssystem hat keine Reserven, das ist kein Geheimnis.“

Schon seit dem Frühjahr werden laufend Behandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben, in Summe sind davon weit über 10.000 Patientinnen und Patienten betroffen.

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Gemeinderat: Umlaufbeschlüsse im Dezember

Aufgrund der Coronasituation gibt es derzeit die Möglichkeit Beschlüsse des Gemeinderates per E-Mail durchzuführen.

Im Dezember wurden in der Sitzung des Gemeinderates nur der Voranschlag für 2021 beschlossen, alle anderen Beschlüsse wurden per Umlauf durchgeführt. Wir sehen das sehr kritisch. Wir lehnen es nicht grundsätzlich ab Anträge, vor allem solche über die es wenig Diskussionsbedarf gibt und weitgehende Einigkeit besteht, im Lockdown per Umlauf zu beschließen.

Bei Kontroversen Themen und dann auch noch eine ganze Sitzung per Umlauf abzuhalten ist aber nicht zielführend. Um eine Entscheidung über einen Antrag richtig treffen zu können, ist eine ausführliche Diskussion wichtig. Per Mail gibt es diese Möglichkeit nicht. Wir halten es für nicht unwahrscheinlich, dass ein paar Entscheidungen des Gemeinderates anders gefallen wären, wenn es Zeit gegeben hätte sich mit allen Argumenten zu befassen.

Zeltweg Mobil wird teurer

Für ZeltweggerInnen die über kein Auto verfügen oder dieses nicht nutzen können gibt es mit „Zeltweg Mobil“ ein günstiges Angebot für Fahrten im Ortsgebiet.

Im vergangenen Jahr wurde der Preis den die Gemeinde für Zeltweg Mobil Fahrscheine bezahlt von 4,00 Euro auf 4,20 erhöht, am Preis den die ZeltweggerInnen bezahlen hat sich nichts geändert. Für 2021 wird der Satz der Gemeinde wieder erhöht, auf 4,80. Eine neuerliche Erhöhung um fast 10% kommt uns viel vor, KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat sich in dieser Frage enthalten.

Die diesjährige Preiserhöhung soll auch an die zeltwegger Bevölkerung weiter gegeben werden und zwar soll der Fahrkostenanteil von 3 Euro auf 4 Euro steigen. Peter Lorberau hat diese Erhöhung abgelehnt: „Ich bin dagegen, dass hier kleine Beträge auf Kosten einkommensschwacher ZeltweggerInnen eingespart werden. Ich verstehe auch nicht warum man, wenn sich die Kosten um knapp 10% erhöhen, den Preis um ein Drittel anheben soll.“

Gerade in einer Krise, in der die Preise überall steigen, sollte die Gemeinde die BürgerInnen nicht zusätzlich belasten.

Neuvergabe „Essen auf Rädern“

Die Lieferung von „Essen auf Rädern“ wurde im Sommer 2020 neu ausgeschrieben. Angebote gab es von den Firmen „Servus Dienstleistungs- und Handels GmbH, Klagenfurt“ und Hotel-Restaurant Hubertushof. Gleichzeitig wurde die Essenslieferung für die Kindergärten und die Nachmittagsbetreuung ausgeschrieben. Zusätzlich zu den beiden oben genannten bewarb sich noch das Murtal Catering.

Der zuständige Sozialausschuss empfahl die Vergabe an die Servus GmbH. Sicher das günstigste Angebot, doch ist die KPÖ der Ansicht, dass in einer Krise in der die Gastronomiebetriebe besonders getroffen sind, es gut wäre lokale Betriebe zu unterstützen. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat sich daher enthalten.

Auch Tarife angehoben

Der Normaltarif für Essen auf Rädern wurde von 7 auf 7,50 Euro angehoben, der ermäßigte Tarif, den vor allem MindespensionistInnen bezahlen von 6,40 auf 6,90. Peter Lorberau hat gegen die Erhöhung gestimmt.

Fehlende Frauenärzte

Seit langem gibt es Bemühungen, das Problem der fehlenden Frauenärzte in unserer Region zu lösen. Eine Fohnsdorfer Bürgerin hat 3.500 Unterschriften gesammelt, Landtagspräsidentin Gabriele Koliar hat sich eingesetzt und auch die KPÖ hat diesen Mangel immer wieder zum Thema gemacht.

Nun gibt es am Judenburger Krankenhaus in der gynäkologischen und geburtshilflichen Ambulanz die Möglichkeit für Behandlungen. Das ist sehr erfreulich und entschärft das Problem vieler Frauen zu teuren Wahlärzten gehen zu müssen.



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld



**Wir wollen nicht für die Krise bluten,
und zeigen deshalb schon jetzt die Ruten!**



**Die Corona-Milliarden fließen zu den Großen.
Die Kleinen warten auf Almosen.
Wer wird die Corona-Schulden einst bezahlen?
Ohne **Reichensteuer** drohen uns Höllenqualen!**

Murtaler Zeitung:

Medienlandschaft wird ärmer

Ab heuer hat die Murtaler Zeitung, nach über 100 Jahren, ihr Erscheinen eingestellt. Mit dem bereits 2018 erfolgten Ende der Obersteirischen Nachrichten gibt es nun keine traditionelle Regionalzeitungen mehr.

Während große Medienkonzerne und Boulevardzeitungen mit hohen Förderungen bedacht werden, kämpfen Regionalmedien seit Jahren ums Überleben. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, die Folgen schwer rückgängig zu machen. Mit jeder verschwundenen Zeitung haben es Kultur-, Sport- und andere Vereine, aber auch lokale politische Themen, schwerer in überregionalen Medien ihren Platz zu finden.

In Regionalmedien wird auch regionale Geschichte geschrieben. Wer sich heute dafür interessiert was im Murtal vor 50, 80 oder 100 Jahren aktuell war, kann in die Archive der Zeitungen schauen. Diese Möglichkeit werden die Menschen in 100 Jahren dann nicht mehr haben. Die Medienförderungen müssten so aufgeteilt werden, dass das Überleben von kleineren Regionalzeitungen gesichert werden kann.

Zeltweger

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Vandalismus:

Videoüberwachung beim Skaterpark?

Beim Skaterpark kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Fällen von Sachbeschädigung. Der Verein Sportzentrum möchte daher eine Videokamera anbringen. Wir sehen das kritisch.

Im Antrag wurde mit der Prävention von Straftaten argumentiert, Studien zeigen aber, Videoüberwachung verhindert keine Kriminalität. Der einzige Effekt der Auftritt ist das der Vandalismus verdrängt wird und an anderen Orten auftritt. Zudem halten sich Jugendliche verständlicherweise nicht gerne an Orten mit Videokameras auf. Wer will sich auch in seiner Freizeit ständig filmen lassen.

Die KPÖ spricht sich mit einem anderen Umgang mit Vandalismus aus. Ein Punkt ist verstärkte Polizeipräsenz, wichtig wäre es aber direkt den Kontakt mit den Jugendlichen vor Ort zu suchen. Mit Hilfe von SozialarbeiterInnen sollten Alternativen zur Videoüberwachung angedacht werden. Wir hoffen hier noch auf ein Umdenken.



Entwurf Pflegeverordnung: Noch weniger Personal erlaubt

Die ÖVP/SPÖ Landesregierung hat einen Entwurf für eine neue Verordnung über die Personalausstattung in Pflegeheimen (PAVO) vorgelegt. Diese sieht die Möglichkeit einer **zehnprozentigen(!) Unterschreitung des Personals** vor. **Krankenstände sollen erst nach neun(!) Wochen Auswirkungen auf die Berechnung des Personalschlüssels haben.**

Dazu aus der Stellungnahme der Pflegeombudschaft: „Daher muss abschließend mit Nachdruck betont werden, dass sich die PatientInnen- und Pflegeombudschaft dezidiert gegen diesen Entwurf ausspricht, da dadurch die Pflegequalität in der Stei-

ermark massiv sinken würde und die Patientensicherheit nicht mehr gewährleistet wäre.“

Dieser Entwurf ist ein Hohn auf die Lehren der Corona-Krise und die Nöte von Pflegepersonal und HeimbewohnerInnen. Es braucht nicht weniger sondern mehr Personal in den Heimen. Die KPÖ hat mehrmals den Antrag gestellt den Personalschlüssel in der Steiermark auf das Wiener Niveau anzuheben, das deutlich mehr Pflegepersonal vorschreibt. Die Anträge wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Offensichtlich sind ÖVP und SPÖ der Meinung, dass SteirerInnen weniger Pflege brauchen als Menschen in Wien.

Bis zu 65 Euro „Eintritt“ im Seniorenheim?

Die Coronamaßnahmen sind für die Menschen in Seniorenheimen besonderes hart. Nur ein maximal 20-minütiger Besuch, einmal in der Woche, getrennt durch eine Plexiglaswand sind erlaubt. BesucherInnen müssen auch einen negativen Corona-Test vorweisen.



Jeder mit nur einem Funken Mitgefühl kann sich vorstellen wie schlimm das für BewohnerInnen und Angehörige ist. Insbesondere bei Demenz, wo man dem alten

Menschen nicht erklären kann warum plötzlich fast kein Besuch mehr kommt.

Nun würde man meinen in dieser Situation wird alles getan um den Besuch zu erleichtern. Leider Fehl-anzeige. Möglichkeiten für einen Gratistest wurden von der ÖVP/GRÜN-Regierung nicht vorgesehen. BesucherInnen müssen den Test selbst bezahlen und das kann laut Medienberichten bis zu 65 Euro kosten.

Für Menschen mit kleinem Einkommen wird der Besuch im Pflegeheim damit fast unleistbar. Die KPÖ fordert daher Gratis-Testmöglichkeiten vor Ort.

Dieses Beispiel ist ein weiteres Zeugnis für die Abgehobenheit dieser Regierung, der die Selbstdarstellung wichtiger ist als das Ausarbeiten von durchdachten Lösungen. Für jemand mit einem Minister-einkommen von rund 18.000 Euro sind 65 Euro für einen Schnelltest kein Problem. Allein daran zeigt sich dass die Polikergehälter gesenkt werden sollten damit PolitikerInnen den Bezug zum realen Leben der Menschen nicht ganz verlieren.

Die KPÖ hat die Forderung nach Gratis-Tests vor Ort auch im Landtag eingebracht. SPÖ und ÖVP haben das abgelehnt, also werden die Angehörigen auch in Zukunft entweder Kilometerweit zur nächsten Teststation fahren müssen oder selbst für den Test bezahlen müssen.

KPÖ LANDTAGSSITZUNG — 19.01.2021

**MEHR
AUFGABEN
WENIGER
PERSONAL**

Die steirischen Pflegekräfte verdienen Besseres als die Pläne von ÖVP und SPÖ!

LANDTAGSSITZUNG — 19.01.2021

**ÖVP & SPÖ
GEGEN** 🙄

**KOSTENLOSE
SCHNELLTESTS
FÜR BESUCHENDE
ANGEHÖRIGE
IN PFLEGEHEIMEN!**

KPÖ

KPÖ-Sozialfonds 2020



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-GR Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro.

Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen. Auch in der Obersteiermark gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi gab einen Überblick: „Im Vorjahr kamen viele Menschen zu uns mit denen wir bisher keinen Kontakt hatten und die nie gedacht hätten dass, sie jemals auf Unterstützung angewiesen sein werden. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit machen es für viele Menschen schwer mit ihrem Einkommen durchzukommen. Stadträtin Renate Pacher forderte die Erhöhung des Arbeitslosengel-des das derzeit nur bei einer Ersatzrate von 55% liegt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler berichtete, dass sich viele Eltern die Mehrausgaben durch „Home-schooling“ wie z.B. Laptops nicht leisten können. Hier konnte einigen geholfen werden. Erfreulich ist, dass im Landtag der KPÖ-Antrag für das Aussetzen von Strom- und Heizungsabschaltungen angenommen wurde.

KPÖ-Sozialfonds 2020

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2019	69,36 €
Einzahlungen 2020	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 €
Summe	4.749,36 €

Ausgaben:

Für 142 Unterstützungsfälle:	4.740,00 Euro
Saldo: als Plus für 2021	9,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es **2384 Unterstützungsfälle**, die mit einer Gesamtsumme von **127.642,87 Euro** unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen:
167.750 Euro für 1.577 Personen.

Seit 1998 wurden von der KPÖ **20.039 Familien und Personen** mit einer Gesamtsumme von **2.479.245,18 Euro** unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat

Josef Meszlenyi schloss die Pressekonferenz mit einem Ausblick: „Die Arbeitslosenzahlen zeigen dass der KPÖ-Sozialfonds heuer noch wichtiger sein wird. Dank Zuzahlungen von Claudia Klimt-Weithaler können wir unseren Fonds von derzeit 400 € auf 800 € im Monat aufstocken - und wir werden das leider brauchen“.

Sprechstunde mit Sozialberatung

Leider können wir corona-bedingt derzeit keine Sprechstunde abhalten, trotzdem können wir Hilfestellungen anbieten.

KPÖ-Knittelfeld

03512/ 822 40

DSA Karin Gruber

0316/877 5 101

AUF KEINEN MENSCHEN VERGESSEN!

WIR SIND WEITERHIN FÜR SIE ERREICHBAR:

03512/82240 KPÖ Knittelfeld

**0316/877 5101 Sozialberatung
KPÖ-Landtagsklub**

0316/71 71 08 Mieter-Notruf

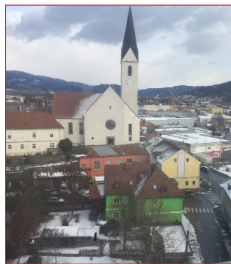
20 Prozent mehr Eurofighterlärm!

Vor den Gemeinderatswahlen haben mehrere SPÖ-Bürgermeister in den Medien groß angekündigt sich gegen die Lärmbelastung durch die Eurofighter wehren zu wollen. Unser Bürgermeister, ausgestattet mit Ohrenschützern, erklärte auf Facebook „So möchte ich in Zukunft am Wochenende nicht auf der Terrasse sitzen – Lärm macht krank.“

Im Gemeinderat wurde eine Resolution beschlossen, es gab ein Treffen mit Vertretern des Bundesheers. Der Lärm der Eurofighter war in den letzten Monaten oft extrem, von den hohen Kosten, gerade in Coronazeiten ganz zu schweigen. Deshalb hat KPÖ-GR Peter Lorberau die Frage gestellt, ob der Gemeinde ein Flugeinsatzplan mitgeteilt wurde.

Der Bürgermeister erklärte mit dem Bundesheer in Kontakt zu sein, dieses würde aber auch auf Entscheidungen warten. Derzeit wird die gesamte Luftraumüberwachung von Zeltweg abgewickelt und die Flugbelastung um 20 Prozent steigen werde. Die Antwort, auf die eigentliche Frage, blieb der Bürgermeister schuldig.

Mit 20 Prozent mehr Eurofighterlärm wird das Aichfeld noch mehr zur Lärmhölle. Es müssen Initiativen gegen den Lärm gesetzt und vom Verteidigungsministerium konkrete Zusagen erreicht werden. Der Kampf gegen die Lärmbelastung darf nicht nur ein Wahlkampf sein, denn Lärm macht krank.



Wohnung zu vermieten

Hochhaus in Knittelfeld
Sandgasse 8, ca. 68 m²

Anfragen:

0676 79 96 811



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,
Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at**